

INHALTSVERZEICHNIS

A)	EINLEITUNG	1
B)	RECHTSHISTORISCHER TEIL	2
Zur Historie des Veranlassungsprinzips als Historie der Begriffe Werbungskosten und Betriebsausgaben		
I.)	Erste geschichtliche Steuerrechtskodifizierungen	2
1.)	“Publikandum für die Stadt Königsberg” von 1807	2
2.)	Edikt wegen der Erhebung einer Vermögens- und Einkommensteuer vom 24.5.1812	5
3.)	“Klassen- und klassenfizierte Einkommensteuer aus dem Jahre 1851”	6
II.)	Das preußische Einkommensteuergesetz (PrEStG) vom 24./19. Juni 1891/1906	8
1.)	Prägung der “Miquelschen Steuerreform” durch die Quellentheorie von Fuisting	8
2.)	Begriff der Werbungskosten gem. 8 PrEStG in der Fassung der Gesetzesnovellierung vom 19.6.1906	11
III.)	Das Einkommensteuergesetz vom 29.3.1920	16
1.)	Prägung der Erzbergerschen Steuerreform durch die Reinvermögens- zugangstheorie von Georg von Schanz	16
2.)	erstmalig: Werbungskosten und Betriebsausgaben als dualistisches Abzugsbegriffspaar	19
IV.)	Das Einkommensteuergesetz vom 10.8.1925	23
1.)	Prägung der Popitz’schen Finanzreform durch die Quellen- und die Reinvermögenszugangstheorie	23
2.)	Aufgabe des Inhaltsdualismus von Werbungskosten und Betriebsausgaben, aber Beibehaltung des Begriffsdualismus	23
3.)	Erste Ansätze einer sogenannten Veranlassung	30
V.)	Das Einkommensteuergesetz vom 16.10.1934	31
VI.)	Zusammenfassung und Bewertung des historischen Rückblicks	36

C)	RECHTSTHEORETISCHER TEIL	39
I.)	Begriffliche Abgrenzungsprobleme der gesetzgeberischen Vorgaben im Einkommensteuerrecht	39
1.)	Der Begriff des Einkommens	39
2.)	Die Gegenbegriffe: Aufwendungen, Ausgaben, Aufwand, Kosten und die Ausgestaltung der Beziehung des Werteabgangs zum Einkommen	41
	a) Aufwendungen	41
	b) Ausgaben	44
	c) Aufwand	45
	d) Kosten	46
3.)	Die Minderung der steuerbaren Einnahmen durch Entnahmen und Aufwendungen	46
	a) Entnahmen als nicht mindernder Aufwand	46
	b) Aufwendungen, soweit sie zur Minderung geeignet sind	47
	aa) Umschreibungen der Beziehung zwischen betrieblichen Aufwendungen und Einnahmen	48
	(1) objektiver Zusammenhang, mittelbar, unmittelbar	48
	(2) Perioden- und Zeitfaktor	52
	(3) angemessen, notwendig, üblich, erforderlich	53
	(4) 12 EStG als Abgrenzungsprüfungsmaßstab	59
	bb) Umschreibungen der Beziehung zwischen beruflichen Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung von Einnahmen	70
	(1) objektiver, mittelbarer, unmittelbarer Zusammenhang	70
	(2) Perioden- und Zeitfaktor	72
	(3) angemessen, notwendig, üblich, erforderlich	72
	(4) 12 EStG als Abgrenzungsprüfungsmaßstab	79
	(5) Zusammengefaßtes Zwischenergebnis	79
	cc) Meinungsstand und Theoriendiskussion zur Beziehung von Einnahme und Aufwendung im Sinne der gesetzlichen Abzugsbegriffe Betriebsausgaben und Werbungskosten in 4 Abs. 4 und 9 Abs. 1 EStG	80
	(1) ausschließlich finaler Werbungskostenbegriff	80
	(2) kausaler Betriebsausgaben- und kausaler Werbungskostenbegriff	82
	aa) Äquivalenztheorie	85
	bb) Adäquanztheorie	89
	cc) Spezialkausalitätstheorie der juristischen Wertung	89
	(3) final-subjektiver Werbungskostenbegriff, der bei Erfassungslücken kausal ergänzt wird	92
	(4) Theorienparallelität zum Sozialversicherungsrecht: Theorie der wesentlichen Bedingung	93
	(5) Theorienparallelität zum Strafrecht: Relevanztheorie und Theorie der objektiven Zurechnung	99

c)	fakultative und potentielle Minimierung von Aufwendungen	102
d)	Betriebsausgaben und Veranlassungsprinzip in 4 Abs. 4 EStG unter Aufgabe des Dualismus der Abzugsbegriffe Betriebsausgaben und Werbungskosten	104
(1)	historische Begründung	105
(2)	teleologische Begründung	105
(3)	systematische Begründung	105
e)	Lösungsvorschlag: Das Veranlassungsprinzip	106
(1)	Veranlassung der Aufwendung	106
aa)	Gleichstellung von Betriebsausgaben und Werbungskosten	107
bb)	überflüssige Unterscheidung zwischen Anlaß und Zweck	108
cc)	Rechtsfortbildung der Gleichstellung der Abzugsbegriffe Betriebsausgaben und Werbungskosten	109
dd)	Lösungsansätze ohne Kausalität	112
ee)	kein Primat des subjektiven Willens	115
ff)	Aufwendungen in Fallgruppen ohne ein Veranlassungsprinzip	120
gg)	eigene Stellungnahme zum Veranlassungsprinzip	125
(2)	Veranlassung der Einnahme	132
aa)	sachlicher Einnahmenezusammenhang	132
aaa)	allgemeine Einführung	132
bbb)	kumulative Veranlassung	137
ccc)	gemischte Veranlassung	137
bb)	persönliche und zeitliche Einnahmenezurechnung	138
cc)	Ergebnis	138
4.)	Das Veranlassungsprinzip im Lichte des Einkünftedualismus	139
a)	Mögliche Ansätze für eine unterschiedliche Bestimmung des Veranlassungsprinzips bei den Gewinn- und Überschufeinkünften	139
b)	Erfassung von Vermögensverlusten durch die Absetzung für außergewöhnliche Abnutzung	141
aa)	Problemeinführung	141
bb)	gesetzliche Lage	142
cc)	7 im System der Überschufeinkünfte	143
dd)	Zwischenergebnis	147
ee)	Von der Systemwidrigkeit zur Verfassungswidrigkeit?	147

5.)	Fallbereiche von Aufwendungen, die nicht vom gesetzlichen Wortlaut der Werbungkostendefinition erfaßt werden	150
	a) Aufwendungen bei feststehendem Einkommen	150
	b) Aufwendungen nach Beendigung der Erwerbstätigkeit	151
	c) Abwehraufwendungen	151
	d) unfreiwillige Aufwendungen (Zwangsaufwendungen)	151
	e) Aufwendungen mit Substanzbezug (Vermögensaufwendungen)	153
	aa) Das Problem: Die Prinzipienüberlagerung	153
	bb) Bestandsaufnahme: sogenannte abnutzbare und nicht abnutzbare Wirtschaftsgüter	153
	cc) Wertung	156
	dd) Anschaffungs- und Herstellungskosten	156
	ee) Verständnis der Nutzung	157
	ff) Zusammenfassung	159
II.)	Ausblick de lege ferenda	159
1.)	Vermögensgewinne - Vermögensverluste	159
2.)	Wertsteigerungen im Vermögen	160
III.)	Verfassungsgemäßheit des Einkünftedualismus	161
1.)	Einführung und Problemzusammenhang	161
2.)	Grundlegende Prinzipienbestimmung	162
3.)	Dualismus als formales Prinzip	163
4.)	Dualismus als materielles Prinzip	165
5.)	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	168
6.)	Ergebnis	172
IV.)	Prinzipienauswirkungen auf das Verständnis der Definition der einkommensteuerrechtlichen Abzugsbegriffe in der Abgrenzung zur Privatsphäre	173
V.)	Thesenartige Kurz-Gesamtzusammenfassung der Ergebnisse	174
VI.)	LITERATURVERZEICHNIS	177